

Rede von Bärbl Mielich im Landtag von Baden-Württemberg am Mittwoch 27.01.2016:

Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission

„Pflege in Baden-Württemberg zukunfts- orientiert und generationengerecht gestalten“

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren!

In der Tat ist es gelungen, mit dem Abschlussbericht der Pflegeenquete ein Ergebnis vorzulegen, das deutlich macht, dass wir uns in wesentlichen Punkten sehr gut angenähert haben. Zentrale Botschaften sind in diesen Enquetebericht eingeflossen. Eine Botschaft von uns war: in Würde alt zu werden, keine Angst davor zu haben, die Autonomie zu verlieren, wenn ein Leben mit Unterstützung notwendig ist, und dafür die entsprechenden Wege aufzuzeigen. Die Sicht der Betroffenen ist in den Mittelpunkt zu stellen.

Diese Ziele haben wir mit der Pflegeenquete verfolgt, und es ist gelungen, diese auch tatsächlich wie einen roten Faden – das hat Herr Rüeck ja eben auch schon deutlich formuliert – in dem Abschlussbericht der Pflegeenquete deutlich zu machen.

Wir trauen den Menschen zu, selbst zu entscheiden, wo und wie sie alt werden wollen und wo und wie sie leben wollen. Dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, das ist eine der Kernaussagen, die wir treffen wollten und die wir mit diesem Abschlussbericht auch getroffen haben.

Dabei ist völlig klar geworden – das haben meine beiden Vorredner auch schon ausgeführt –, dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, dass es eben nicht darauf ankommt, dass bestimmte Einrichtungen oder bestimmte Infrastrukturen vorhanden sind, sondern es eine Botschaft an die gesamte Gesellschaft ist, dass die Sorgearbeit, die Care-Arbeit von allen geleistet werden muss und dass wir alle angesprochen sind.

In der Tat werden 70 % der Menschen nach wie vor zu Hause betreut und auch zu Hause gepflegt. Es ist klar, dass das kein Zukunftsmodell sein kann, sondern ein Istzustand ist, der die Herausforderungen deutlich macht, die entstehen, wenn das nicht mehr geleistet werden kann.

Wir brauchen niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen, die die Pflege zu Hause erleichtern. Wir brauchen aber eben auch – auch darin liegt der gesellschaftliche Auftrag – auf diesem Gebiet den Aufbruch aller, die mit ins Boot kommen müssen. Wir brauchen z. B. die Vereinbarung zwischen Betrieben und Gesellschaft, wir brauchen aber auch ambulante Dienste, um bessere Arbeitsverhältnisse, andere Arbeitszeitmodelle zu schaffen und dafür zu

sorgen, dass Menschen, die Pflegearbeit leisten, in ihrem Beruf entlastet werden. Das ist die Care- Arbeit, die geleistet wird. Hierüber muss es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens geben.

Wir haben – darauf bin ich stolz – in der ganzen Diskussion in der Enquete immer wieder deutlich gemacht, dass der Ort, wo Pflege stattfindet, die Dörfer, die Kommunen, die Städte sind und dass – das ist in den vorherigen Reden deutlich geworden – das Leben in den Quartieren stattfinden muss. Das bedeutet, dass Quartiere anders geprägt sein müssen. Natürlich werden Quartiere nicht neu geschaffen – Quartiere sind da –, aber sie müssen mit Leben gefüllt werden und brauchen eine entsprechende Infrastruktur. Sie brauchen den erforderlichen Rahmen, damit Menschen mit Unterstützungsbedarf dort auch leben können. Das bedeutet ganz konkret: Wir brauchen dort z. B. einen öffentlichen Nahverkehr, wir brauchen eine wohnortnahe Daseinsvorsorge und wir brauchen ambulante Dienste. Ferner brauchen wir Menschen, die bereit sind, im Zuge der Nachbarschaftshilfe Menschen mit Unterstützungsbedarf zu unterstützen.

Das ist ein Mehr an Qualität, das allen zu Gute kommt. Es kommt den Familien insgesamt zugute, es kommt den Menschen im Quartier zugute. Wir wollen ein Mehr an Miteinander, ein Mehr an sozialem Leben, ein Mehr an lebendigem Sozialraum schaffen, wodurch es lohnenswert wird, im Quartier zu leben.

Ich habe dafür ein konkretes Beispiel aus meinem Wahlkreis – das habe ich hier auch schon einige Male vorgestellt –, und zwar die Gemeinde Eichstetten, eine Gemeinde am Kaiserstuhl mit 2 500 Einwohnern. Dort gelingt es. Da ist es mit dem Bürgerdialog, mit einer aktiven Bürgergemeinschaft tatsächlich gelungen, ein lebendiges Dorf zu schaffen, in dem die Menschen sich umeinander kümmern, in dem es z. B. möglich ist, eine Wohngruppe für Menschen mit Demenz einzurichten. Es gibt dort betreutes Wohnen und ein inklusives Café. Diese Wohngruppe für Menschen mit Demenz zeichnet sich dadurch aus, dass das Leben dort sehr familiär ist, dass es dort ganz normal ist, dass gegessen und gekocht wird, dass auch ein Wein getrunken wird, dass Karten gespielt wird, dass alle Beteiligten sich dort wohlfühlen können, aber auch die Besucher dort einbezogen werden. Das gelingt jetzt seit 15 Jahren.

Diese Form des Miteinanders unterstützen wir sehr. Das ist im Enquetebericht auch deutlich zum Tragen gekommen.

Es ist wichtig, noch einmal zu sagen, dass das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz, das im Jahr 2014 eingeführt worden ist, den Rahmen setzt, der notwendig ist, um diese selbstverwalteten Wohngruppen deutlich zu stärken. Es ist nicht so, dass es schwierig wäre, dies zu tun. Es stellt sich jetzt heraus, dass die landesweite Beratungsstelle, die FaWo, eine sehr gute Arbeit leistet und es eine Menge Gemeinden gibt, die bereit sind, sich da auf den Weg zu machen und eben ihre Quartiere bzw. ihre Dörfer zu aktivieren und Wohngruppen für Menschen mit Pflegebedarf und Demenz einzurichten.

Wir müssen – auch das ist ein Teil des Berichts der Pflegeenquete – das Quartiersmanagement fördern, indem wir Infrastrukturen schaffen, indem wir professionelle Strukturen auf den Weg bringen. Das muss logistisch und finanziell gefördert werden. Bei der Arbeit in der Enquetekommission ist klar geworden, dass die Betreuung, Begleitung und Unterstützung von Menschen, die alt werden und Unterstützung brauchen – egal, ob sie in Wohngruppen leben oder ob sie im Pflegeheim leben oder ob sie zu Hause leben –, sichergestellt werden muss. Hierzu braucht man einen Mix an Begleitung, professionellen Hilfen, aber eben auch bürgerschaftlichem Engagement. Alles zusammen braucht allerdings Zeit. Doch Zeit ist etwas, was gerade bei professionellen Pflegediensten, aber eben auch in Pflegeheimen immer weniger vorhanden ist, weil sich die Arbeitszeiten immer mehr verdichten.

Ich nehme jetzt einen Bereich ganz besonders heraus; das ist der Bereich der ambulanten Pflegedienste. Da ist sehr deutlich geworden, dass die niedrigschwelligen Dienste, die bei der Unterstützung der Menschen vor Ort, in den Familien eine sehr wichtige Arbeit erledigen, ein Riesenproblem haben, weil sie chronisch unterfinanziert und sozusagen von der Schließung bedroht sind. Es ist uns ein Anliegen – das haben wir auch so formuliert –, dass ambulante Pflegedienste finanziell deutlich besser ausgestattet werden müssen und dass Tarifsteigerungen mit in die Pflegesatzverhandlungen aufgenommen werden müssen. Das ist eine Forderung, die wir auch ganz deutlich an die Bundesebene stellen.

Ich habe jetzt gerade von den Menschen gesprochen, die Pflege in Anspruch nehmen, und komme nun zu denjenigen, die Pflege leisten. Es ist immer wieder deutlich geworden, dass die Personengruppe, die Pflege leistet, natürlich eine sehr wertvolle Arbeit macht, aber eben auch eine sehr harte Arbeit. Dass diese Arbeit so hart ist, führt dazu, dass die Pflegenden häufig nur für sehr kurze Zeit in ihrem Beruf verweilen. Das ist eine Entwicklung, die wir in keiner Weise akzeptieren können und der wir ganz massiv entgegenwirken müssen.

Wie können wir das am besten tun? Völlig klar ist: Wir brauchen andere Arbeitszeitkonzepte; wir brauchen aber auch eine andere Bezahlung. Da sehen wir zwei Stränge. Der eine Strang sieht so aus: Pflegekräfte in der stationären Altenpflege müssen stärker in Fachgruppen oder in Berufsgruppen ein- gebunden werden, die die Möglichkeit zur Weiterbildung erhalten. Es darf nicht sein, dass die Arbeit in erster Linie von nicht entsprechend weiterqualifizierten Pflegekräften geleistet wird.

Bei der Akutversorgung in den Krankenhäusern ist es uns ein großes Anliegen, festzustellen, dass die Kosten für die Pflege bei der Abrechnung bzw. in den Abrechnungssystemen der Krankenhäuser separat aufgeführt werden müssen. Das, was in den letzten Jahren durch die Einführung der DRGs passiert ist, nämlich, dass die Krankenhäuser versucht haben, ihre Defizite auf Kosten des Personals zu reduzieren, hat eine Spirale in Gang gesetzt, die unbedingt gestoppt werden muss. Sie kann nur dadurch gestoppt werden, dass die Personalkosten eine eigene Säule bei der Abrechnung oder im Abrechnungssystem der Krankenhäuser bilden. Auf diese Weise – davon sind wir überzeugt, und das haben auch die Anhörungen gezeigt – ist es möglich, den Abbau von Personal zu stoppen und so die Personalausstattung insgesamt zu sichern.

Das betrifft die längerfristige Perspektive. Dazu wollen wir eine Initiative im Bundesrat starten. Dies wird natürlich eine Weile dauern; das ist ganz klar. Es ist ein Bohren dicker Bretter, wenn es darum geht, mehr Geld für die Pflege bereitzustellen. Als Sofortmaßnahme haben wir uns darauf verständigt, ein Sofortprogramm zu fordern, das sich als Richtschnur an einem Personalausstattungsprogramm orientiert, wie es Ende der Neunzigerjahre gegeben war. So ist die Botschaft, die von diesem Bericht an die Pflegekräfte ausgeht, ganz klar: Wir haben verstanden, dass es wichtig ist, dass ihr besser ausgestattet werdet, dass es mehr Pflegekräfte gibt, damit ihr mehr Zeit habt, um die Arbeit zu erbringen, für die ihr ausgebildet seid, und so auch eine höhere Zufriedenheit erlangen könnt.

Denn auch das ist ganz deutlich geworden: Diejenigen, die in der Pflege tätig sind, üben diesen Beruf alle sehr gern aus und leiden darunter, dass sie ihre Tätigkeit nicht in entsprechend qualifizierter Weise ausüben können, weil sie eben entschieden zu wenig Zeit haben.

Damit sind wir beim Thema Ausbildung. Hier komme ich zu einem sehr zentralen Punkt, der auch schon von meinen Vorrednern angesprochen worden ist. Was die Ausbildung von Pflegekräften insgesamt betrifft, müssen wir unserer Meinung nach deutlich sagen: Die

dreijährige Fachausbildung, die wir haben, bleibt eine wichtige Säule und bleibt die Basis für die berufliche Bildung. Aber wir brauchen in der Tat auch eine Teilakademisierung. Ein bestimmter Prozentsatz der in der Pflege tätigen Personen sollte akademisch ausgebildet werden; denn Pflege wird immer komplexer und immer schwieriger. Die Patienten kommen mit immer komplizierteren Krankheitsbildern in die Kliniken. Daher ist es wichtig, die Möglichkeit zu schaffen, einen Teil der Pflegekräfte auch akademisch auszubilden. Wir stellen uns bei dieser Gelegenheit vor, dass wir die Ausbildung nicht nur akademisch ausrichten, sondern sie auch kombiniert in der Weise gestalten, dass sie innerhalb eines gemeinsamen Campus stattfindet, in dem die Ausbildung für alle Gesundheitsberufe in Verbindung mit medizinischen Studiengängen stattfinden kann. Auf diese Weise kann jeder von den Professionen der anderen jeweils profitieren und kann diese kennenlernen. So ist es möglich, das von uns ebenfalls verfolgte Ziel, nämlich die Einrichtung interdisziplinärer Versorgungsteams, zu erreichen.

Ich sehe, dass meine Sprechzeit bereits abgelaufen ist, möchte mich aber namens meiner Fraktion kurz noch dem Lob anschließen, das meine Vorredner zum Ausdruck gebracht haben. Auch ich meine, dass unsere Zusammenarbeit sehr konstruktiv war. Wir haben uns bemüht, viel voneinander zu lernen und vieles beizutragen, und das Ergebnis zeigt, dass wir die Kernbotschaften wirklich gut formulieren und herausarbeiten konnten. Wir konnten zum Ausdruck bringen, dass wir das Thema Pflege sehr ernst nehmen und dies für ein zentrales politisches Thema halten, das wir angehen müssen, für das wir viel Energie, aber auch einiges an finanziellen Mitteln brauchen und für das wir auch eine Menge Fantasie brauchen.

Ich bedanke mich ganz besonders bei meiner grünen Gruppe: bei Manfred Lucha, Charlotte Schneidewind-Hartnagel und Thomas Poreski und natürlich bei unseren beiden parlamentarischen Beraterinnen, Kirsten Koners und Tanja Urban. Darüber hinaus schließe ich mich dem Lob meines Kollegen Kunzmann ausdrücklich an.

Herzlichen Dank.

Drucksache 15/7980